

DIE LINKE KREISVERBAND HERFORD, Radewiger Straße 10, 32052 Herford

Herrn

Bürgermeister Tim Kähler

Wolfram Hüffner  
Vorsitzender Herforder  
Stadtratsfraktion

Kreisverband Herford  
Radewiger Straße 10  
32052 Herford

Telefon 05221 – 174 90 72  
Telefax 05221 – 174 90 73

E-Mail: ratsfraktion  
@dielinke-herford.de

Herford, 14.4.2017

**Tagesordnungspunkt: Solidaritätserklärung für Demokratie, Menschenrechte und Meinungsfreiheit in der Türkei**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Fraktion DIE LINKE beantragt, den oben genannten Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen und stellt dazu folgenden Antrag:

Nach dem gescheiterten Putschversuch von Teilen des türkischen Militärs hat die türkische Regierung unter dem Deckmantel des Ausnahmezustands zehntausende Wissenschaftler, Kommunalpolitiker, Abgeordnete, Beamte, Richter und Staatsanwälte, Medienschaffende sowie viele Andersdenkende ohne rechtsstaatliches Verfahren verfolgt, drangsalieren, aus dem Dienst entlassen und ihnen die Freiheit genommen. Mit der Verhaftung von frei gewählten Abgeordneten der oppositionellen HDP greift die türkische Regierung außerdem in das freie Mandat der Volksvertretungen ein. Die türkische Regierung plant, die Todesstrafe wieder einzuführen.

Mit der massenhaften Entlassung und Verhaftung von Richtern und Staatsanwälten zerstört die türkische Regierung die Unabhängigkeit der dritten Gewalt, eine der tragenden Säulen jedes demokratischen Rechtsstaats.

Durch die Schließung von Redaktionen und die Verhaftung von Medienschaffenden wird darüber hinaus die Presse-, Informations- und Meinungsfreiheit verletzt.

Der Rat der Hansestadt Herford erklärt sich solidarisch mit den demokratischen Kräften in der Türkei und allen denjenigen Menschen, die sich für die Verteidigung der Demokratie in der Türkei einsetzen.

Er ruft die türkische Regierung dazu auf, zu Demokratie und Rechtsstaat zurückzukehren, den Ausnahmezustand aufzuheben, die politischen Gegner freizulassen, die unveräußerlichen Menschenrechte zu beachten und die Meinungsfreiheit zu respektieren.

Der Rat der Hansestadt Herford appelliert an den Bundestag, die deutsche Regierung, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission, im Sinne dieser Solidaritätserklärung auf die türkische Regierung einzuwirken.

Begründung:

Der Rat der Hansestadt Herford, in der viele Einwohnerinnen und Einwohner kurdische und türkische Wurzeln haben, verfolgt mit großer Sorge auch um deren Familienangehörige und Freunde die politischen Entwicklungen und Ereignisse in der Türkei.

Für Amnesty International ist das unverhältnismäßige Vorgehen der türkischen Sicherheitskräfte eine Menschenrechtsverletzung, da eine kollektive Bestrafung erfolgt und das Leben zehntausender Menschen auf das Spiel gesetzt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Wolfram Hüffner  
Fraktionsvorsitzender

Inez Déjà  
Ratsfrau